

SZ 6. Juli 2020 Uhr

Denkmalsstürzereien

Verharmloser Übereifer

Ein Plädoyer für historische Zurückhaltung
aus ziemlich korrekten Gründen

"Zeitzeichen" vom 27./28. Juni:

Ganz abgesehen von der makabren Landshuter Stilblüte des "Grundsteines für einen Genozid" betreffend Umbenennung des dortigen Bismarckplatzes verdient die geschichtspolitische Namens- und Denkmalsentsorgung deutlichen Widerspruch.

Die Landschaft unserer Straßen, Schlösser, Parks, Denkmäler, Behördengebäude, Schulen und Kasernen ist immer außer gegenwärtiger Umgebung auch zugleich steinernes, bronzernes und eisernes Museum einstigen gesellschaftlichen Bewusstseins, einstiger Politik und einstiger Macht. Es gab nun einmal die Jahrhunderte, in denen zunächst Glanz und Größe von Herrscherhäusern und Kirche und später Glanz und Größe des Nationalstaates scheinbar jeden Aufwand, jede Gewalt, jedes Opfer und leider auch jedes Blutopfer rechtfertigten.

Aus diesen fernen Zeiten grüßen sie nun von Denkmalssockeln und Namensschildern, von Palästen und Prachtgräbern stumm herüber, all die Tilly und Wrede und Wallenstein, Gneisenau, Blücher und Moltke, Metternich, Montgelas und von Bismarck, und natürlich alle Ludwigs, Friedrichs und Wilhelms. Sie alle und ihre Soldaten und Beamten und all die Toten, an die wir bei einer Weißenburg-, Gravelotte-, Spichern-, Langemarck- oder Königgrätzer Straße oder an einem Lorettoplatz zu denken haben, waren keine Verbrecher, sondern Menschen, die in uns heute fremden Wertvorstellungen lebten und wirkten, kämpften und starben. Wir können ihnen wohlfeil und folgenlos in die Gräber hineinrufen, was wir heute von Angriffskrieg, Kolonialismus, Sklaverei und Todesstrafe halten. Zu spät, sie hören uns nicht mehr.

Dem politischen Bewusstsein im 20. Jahrhundert dient es kein bisschen, wenn Österreich

seinen Prinz Eugen entsorgt und seinen Radetzky-Marsch nicht mehr spielt, wenn Italien den "Heiligen Fluss" Piave entwidmet, wenn Großbritannien seinen kolonial agierenden Churchill ächtet, wenn Paris seinen Triumphbogen sprengt und wenn München seinen Obelisken am Karolinenplatz, seine Feldherrnhalle und sein Siegestor kippt.

Die derzeitige symbolpolitische Aufregung könnte als Kuriosität am Rande abgehakt werden, wenn sie nicht den Kern einer ganz gefährlichen Verharmlosung enthielte. Es gab nämlich wirklich politische Schwerstverbrecher, die von 1933 bis 1945 bei uns unter zunächst größtem Beifall regierten und wüteten (und die heute bis in den Bundestag hinein wieder verstohlenen und halblauten Beifall finden). Und wenn wir nun die Fürsten, Generäle und Minister des 18., 19. und frühen 20. Jahrhunderts genau in jenen Orkus verdammen, in dem Hitler, Goebbels, Göring, Himmler, Frank, Streicher, Keitel und so weiter ihren verdienten Platz haben (Hindenburg weilt im Vorzimmer), dann geben wir dem Fehlurteil Raum, sie seien eben auch einfach nur autoritäre Nationalisten und Militaristen gewesen, die beim Kampf für Volk und Vaterland einfach mal "etwas über die Stränge geschlagen haben". Man kennt solche Sprüche zur Genüge.

Und noch ganz unmittelbar zu Otto von Bismarck: Er war kein Friedenskämpfer und erst recht kein Demokrat. Aber er ist nun einmal der Gründer jenes deutschen Nationalstaates, in dem wir seit fast genau 150 Jahren nach größten Umwälzungen in Staatsform und Staatsgebiet immer noch leben.

Andreas Knipping, Eichenau

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/de-nkmalsstuerzereien-verharmloser-uebereifer-1.4959038>